Offenlage des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar

Schwerpunkte der eingegangenen Äußerungen und Behandlungsvorschläge der Verbandsverwaltung

Überblick

Stand 26. April 2013

Plankapitel 1.2 Zentrale Orte und deren Verflechtungsbereiche

Plansatz 1.2.4 Grund-, Unter- und Kleinzentren/ Nahbereiche

- Verschiedene Gemeinden und Städte fordern die Ausweisung als Zentraler Ort bzw. die Aufstufung der zentralörtlichen Bedeutung.

Behandlungsvorschlag:

Im Kontext des demographischen Wandels mit der im Trend abnehmenden Bevölkerungszahl besteht grundlegender Konsens, dass das Zentrale-Orte-System einer Überarbeitung bedarf. Zielführend ist eine Aktualisierung des Konzeptes der zentralen Orte auf der Ebene der Regionalplanung jedoch nur unter Einbeziehung des Netzes der Mittelzentren, das in der Zuständigkeit der Landesplanung der drei Bundesländer liegt.

Da sich aber für die Metropolregion Rhein-Neckar eine entsprechende Lösung auf Länderebene derzeit nicht abzeichnet, ist auch das Netz der unteren Stufe(n) der Zentralen Orte in der Zuständigkeit der Regionalplanung vorliegend nicht verändert worden. Für den rheinland-pfälzischen Teil der Metropolregion kommt hinzu, dass die laufende Kommunal- und Verwaltungsreform noch nicht abgeschlossen ist, die im Rahmen einer Überarbeitung des Zentrale-Orte-Systems ebenfalls berücksichtigt werden müsste.

Insgesamt ist darauf hinzuweisen, dass eine Aktualisierung in diesem Zusammenhang nach aller Voraussicht eher zu einer Straffung als zu einer Ausweitung der zentralörtlichen Funktionszuweisungen führen wird.

Plankapitel 1.4 Wohnbauflächen:

- Die einheitliche Bevölkerungsvorausrechnung Rhein-Neckar wird aufgrund teilweiser divergierender realer Entwicklungen und wegen des zu knapp gewählten Zielhorizontes mehrfach infrage gestellt.

Auch Mängel in der methodischen Nachvollziehbarkeit der Berechnung der Wohnbauflächenbedarfe sind Anlass für Kritik.

Behandlungsvorschlag:

Die Vorausschätzung der Bevölkerungsentwicklung und die daraus abgeleiteten, regionalplanerisch modifizierten Berechnungen der Wohnbauflächenbedarfe im Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar (ERP) werden nicht verändert. D.h. der ERP soll mit den im derzeitigen Entwurf vorhandenen Datengrundlagen als Satzung beschlossen werden.

Die Verbandsverwaltung wurde aber durch den Planungsausschuss am 22. Februar 2013 bereits beauftragt, Vorüberlegungen anzustellen, ob und wie die Berechnung der Wohnbauflächenbedarfe und die zugrundeliegenden Bevölkerungsdaten methodisch überarbeitet und ggf. angepasst werden können. Dieser Überarbeitung wird Gegenstand einer zeitnahen Teilfortschreibung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar sein.

**Plankapitel 1.4.2 Räumliche Zuordnung,
Plansatz 1.4.2.1 Eigenentwicklung Wohnen und
Plansatz 1.4.2.2 Siedlungsbereiche Wohnen**

- Mehrfach wird die Forderung von Gemeinden nach Streichung in der Liste „Anhang Nr. 1.1 Kommunen beschränkt auf Eigenentwicklung Wohnen“ erhoben, teilweise auch nach Zuweisung der Funktion „Siedlungsbereich Wohnen“.

Behandlungsvorschlag:

Entsprechend der Weisung der Raumordnungskommission Rhein-Neckar legt der Einheitliche Regionalplan auf der Grundlage der landesplanerischen Vorgaben (insb. auch des Landesentwicklungsplans 2002 Baden-Württemberg) Gemeinden fest, in denen keine über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungstätigkeit stattfinden soll. Den sich für die Eigenentwicklung ergebenden Bedarf kann jede Gemeinde nach der Erforderlichkeit und den voraussehbaren Bedürfnissen (vgl. § 1 Abs. 3 und § 5 Abs. 1 BauGB) geltend machen. Dieser Rahmen der Eigenentwicklung soll es den Gemeinden ermöglichen, ihre gewachsene Struktur zu erhalten und organisch weiterzuentwickeln.

Im vorliegenden Entwurf des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar sind die aufgeführten landesplanerischen Vorgaben auf der Regionalplanungsebene entsprechend umgesetzt. Grundlegendes Ziel ist dabei die Sicherung einer ausgewogenen und nachhaltigen Raumentwicklung, dies auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden demografischen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte in den unterschiedlichen Teilräumen der Metropolregion Rhein-Neckar. Entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Abstimmung der zu erwartenden Siedlungsentwicklung mit Versorgungs- und Verkehrsnetzen einerseits und der Schutz und die Entwicklung der Freiräume und Naturgüter andererseits.

Die Beschränkung von Kommunen auf Eigenentwicklung leistet zusammen mit den weiteren und bewährten regionalplanerischen Steuerungsinstrumenten, wie der Festlegung von regionalen Entwicklungsachsen oder der Ausweisung von „Siedlungsbereichen“, in diesem Zusammenhang einen wesentlichen und nachhaltigen Beitrag.

Nach entsprechender Prüfung wurde die Gemeinde Neunkirchen (Neckar-Odenwald-Kreis) von der Liste der „Kommunen beschränkt auf Eigenentwicklung Wohnen“ ausgenommen.

Plansatz 1.4.2.4 Schwellenwerte und Orientierungswerte :

- Mehrfach wird die Notwendigkeit zur regionalplanerischen Ausweisung eines verbindlichen Schwellenwertes (Z) für die hessischen und rheinland-pfälzischen Teilräume und eines Orientierungswertes (G) für den baden-württembergischen Teilraum der Metropolregion Rhein-Neckar sowie deren jeweilige Höhe infrage gestellt.

Behandlungsvorschlag:

Die Anwendung der Schwellen- und Orientierungswerte leistet einen wesentlichen Beitrag für eine auch regionalplanerisch gewollte nachhaltige Siedlungsentwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar. Um diese zu gewährleisten, ist unter Berücksichtigung der Vorgaben der jeweiligen Landesplanung der zukünftige Wohnbauflächenbedarf der Gemeinden und Städte als verbindlicher Schwellenwert (Ziel) im rheinland-pfälzischen und hessischen Teilraum bzw. als abwägungserheblicher Orientierungswert (Grundsatz) im baden-württembergischen Teilraum vorgegeben (vgl.: LEP IV Rheinland-Pfalz 2008 (Z32) / LEP Hessen 2000 (Z 4.1.2)).

Dieser Schwellen- bzw. Orientierungswert wird im Einheitlichen Regionalplan als Bedarfswert definiert, dem auf der Grundlage der Wohnbauflächenbilanz Rhein-Neckar 2020 die zum Zeitpunkt der jeweiligen FNP-Planung vorhandenen Wohnbauflächenpotenziale sowie die im Betrachtungszeitraum 2007 -2020 bereits realisierten Wohnbauflächen abzuziehen sind. Die Schwellen und Orientierungswerte sollen im vorliegenden Planentwurf nicht verändert werden.

Im Rahmen der Fortschreibung von Flächennutzungsplänen, die über das Jahr 2020 hinausreichen, sind die Schwellen- bzw. Orientierungswerte in Abstimmung zwischen dem Verband Region Rhein-Neckar und den Kommunen fortzuschreiben. Im Übrigen wird in diesem Zusammenhang auf die oben stehenden Behandlungsvorschläge zu Plankapitel 1.4 Wohnbauflächen verwiesen.

Plansatz 1.4.2.6 Siedlungsdichtewerte

- Mehrfach werden die Siedlungsdichtewerte als zu hoch angesetzt kritisiert.

Behandlungsvorschlag:

Die Dichtewerte im Plansatz 1.4.2.6 orientieren sich an den in vergleichbaren Planungsregionen angesetzten Werten. Die Formulierung "...sollen angestrebt werden:" als regionalplanerischer Grundsatz sowie die Angabe von Spannbreiten für Dichtewerte macht deutlich, dass es sich bei diesen Werten um Orientierungswerte handelt, von denen im Einzelfall abgewichen werden kann.

Zur weiteren Klarstellung des regionalplanerischen Grundsatzes wird vorgeschlagen, in der Begründung zu Plansatz 1.4.2.6 (Absatz 1) nach dem Begriff "Wohnbaugebieten" noch die Worte "in der Regel" zu ergänzen. Die Städte und Gemeinden haben im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit die Aufgabe, für Wohnbaugebiete unter besonderer Berücksichtigung eines nachhaltigen Umgangs mit Grund und Boden die konkreten Dichtewerte festzulegen.

Plankapitel 1.5 „Gewerbliche Bauflächen“

- In den Stellungnahmen werden nur wenige zusätzliche gewerbliche Bauflächen gefordert (Bestätigung für den ermittelten, quantitativen Flächenüberhang in der Metropolregion Rhein-Neckar).

Behandlungsvorschlag:

Forderungen werden grundsätzlich restriktiv behandelt, jedoch wird bei nachvollziehbarer Begründung sowie räumlicher Konkretisierung der zusätzlich benötigten Planflächen in einzelnen Fällen der Forderung nach Rücknahme der Freiraumrestriktionen entsprochen.

Die Reduzierung der regionalplanerischen Restriktionen für die gewerbliche Entwicklung erfolgt für die Eigenentwicklung (z.B. Gemeinde Billigheim), für die Erweiterung bzw. Verlagerung ortsansässiger Betriebe (z.B. Gemeinden Haßmersheim, Rosenberg), bei entsprechendem Bedarfsnachweis bzw. Konkretisierung der Erweiterungsflächen (z.B., Gemeinden Römerberg und Lustadt), bei fehlenden Flächenreserven für regionale Gerwerbeschwerpunkte (z.B. Stadt Kandel) oder bei interkommunalen Aktivitäten (z.B. Stadt Hemsbach, Gemeinde Laudenbach).

- Zu dem Plansatz 1.5.2.1 („Eigenentwicklung Gewerbe“) wird mehr Flexibilität z.B. im Hinblick auf evtl. Ansiedlung von nicht ortsansässigen Gewerbebetrieben gefordert.

Behandlungsvorschlag:

Der Forderung wird durch Modifizierung des Plansatzes entsprochen.

- 10 Gemeinden ausschließlich im rheinland-pfälzischen Teilraum fordern eine Aufstufung durch die Funktionszuweisung „Regionaler Gewerbeschwerpunkt“ gemäß Plansatz 1.5.2.2.

Behandlungsvorschlag:

Die Forderungen wurden sorgfältig geprüft. Danach erfüllen 4 Gemeinden (Bellheim, Kirchheim, Offenbach und Rülzheim) überwiegend die Standortkriterien und werden aufgestuft. Bei den 6 anderen Gemeinden Bobenheim-Roxheim, Kleinkarlbach, Maxdorf, Mutterstadt, Obrigheim und Ramberg bleibt die Einstufung unverändert.

- Zu den „Vorranggebieten“ gemäß Plansatz 1.5.2.3 sind eine Vielzahl sehr differenzierter Äußerungen eingegangen. Diese reichen von der Konkretisierung der Flächen, der Anpassung an die Bauleitplanung über Änderungen bei der Standorteignung bis hin zur Herausnahme der Gebiete.

Behandlungsvorschlag:

Die Vorranggebiete bleiben im Wesentlichen unverändert. Lediglich redaktionelle Anpassungen an die aktuelle Bauleitplanung werden vorgenommen. Einzig das Vorranggebiet auf der Friesenheimer Insel (Stadt Mannheim) wurde gestrichen, da es sich nicht um Potentiale im Sinne der Planungssystematik handelt (Reserve BASF / Mülldeponie Scheidhorst).

Plankapitel 1.6 Militärische Konversionsflächen, Verteidigungseinrichtungen

- Es besteht weitestgehende Zustimmung zu den Plansätzen des Kapitels 1.6. als Leitplanken für die Konversion in der Metropolregion Rhein-Neckar. Schwerpunkt der Anregungen ist jedoch die Forderung, schon jetzt eine konkrete Nutzungsfestlegung für einzelne Konversionsflächen zu treffen, zumal diese teilweise bereits freigegeben sind. Bislang sind alle diese Flächen als „Sonderflächen Bund (N)“ im Einheitlichen Regionalplan enthalten sind.

Behandlungsvorschlag:

Der Forderung nach einer konkreten Nutzungsfestlegung in der Raumnutzungskarte wird vor dem Hintergrund noch laufender Ideenfindungs- und Beteiligungsprozesse in den betroffenen Standortkommunen nicht gefolgt. Um jedoch die Entwicklungsperspektive der zur Konversion anstehenden Flächen aufzuzeigen und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass alle Areale im Planungshorizont des Einheitlichen Regionalplans in eine zivile Nutzung überführt werden sollen, werden die Konversionsflächen in Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen, Hardheim, Walldürn und Speyer künftig in der Raumnutzungskarte als "Entwicklungsfläche militärische Konversion (N)" dargestellt. Ein entsprechender Plansatz mit Begründung wird im Kapitel 1.6.1 eingefügt. Ergänzend wird auf die Erstellung des informellen Entwicklungskonzeptes Konversion verwiesen.

- Die Anregungen zu Plansatz 1.6.2.4 Zwischennutzungen (G) befassen sich mit der Frage der Eignung erneuerbarer Energien als Zwischennutzung auf den Konversionsflächen. Je nach Ansicht der Einwender sollten erneuerbare Energien entweder dauerhaft auf den Flächen installiert werden oder aber gar nicht, da die Sorge besteht, sie könnten anderweitige langfristige Nutzungsmöglichkeiten blockieren.

Behandlungsvorschlag:

Es ist davon auszugehen, dass Anlagen für erneuerbare Energien auf Konversionsflächen in der Tat nicht nur als Zwischennutzung für einen begrenzten Zeitraum zu betrachten sind. Daher wird der Plansatz dahingehend abgeändert, dass er unter der Randspaltenbezeichnung „Sonstige Nutzungen (G)“ zwar weiterhin sowohl den Prüfauftrag für eine Flächenbereitstellung zur Erzeugung erneuerbarer Energien als auch das Thema Zwischennutzung enthält. Die Kopplung der Flächenbereitstellung für erneuerbare Energien an eine Zwischennutzung entfällt jedoch.

Plankapitel 1.7 „Einzelhandelsgroßprojekte“

- Unternehmervverbände sowie IHK's fordern einen generellen Ausschluss von auch kleinflächigem Einzelhandel in Gewerbe- und Industriegebieten.

Behandlungsvorschlag:

Der Ausschluss von auch kleinflächigem Einzelhandel in Gewerbe- und Industriegebieten kann sinnvoll sein, eine generelle Vorgabe wird mit Blick auf die kommunale Planungshoheit jedoch nicht für tragfähig erachtet. Deshalb ist eine entsprechende Regelung im Einheitlichen Regionalplan nicht vorgesehen.

- In einigen Äußerungen werden Bedenken gegen die ausnahmsweise Zulassung von FOC's in Mittelzentren gemäß Plansatz 1.7.2.6 vorgebracht.

Behandlungsvorschlag:

Die Regelung wird beibehalten, da der Ausnahmetatbestand an eine Vielzahl von raumordnerischen Prüfkriterien geknüpft ist (Beeinträchtungsverbot, Integrationsgebot, Kongruenzgebot). Sofern diese Kriterien erfüllt sind, ist ein Ansiedlungsverbot in Mittelzentren nicht begründbar.

- Zahlreiche Kommunen fordern eine Modifizierung bei der räumlichen Abgrenzung der „Zentralörtlichen Standortbereiche“ gemäß Plansatz 1.7.3.1.

Behandlungsvorschlag:

Den Forderungen wird im Fall deutlicher Abweichungen zwischen regionaler und kommunaler Abgrenzung entsprochen, ansonsten erfolgt ein Hinweis auf die lediglich gebiets- nicht parzellenscharfe Abgrenzung im Regionalplan.

- Zu dem Plansatz 1.7.3.2 wird die Berücksichtigung einer Vielzahl zusätzlicher Ergänzungsstandorte gefordert.

Behandlungsvorschlag:

Soweit diese Standorte regionalbedeutsam sind und der regionalen Einzelhandelskonzeption entsprechen, werden diese ergänzend berücksichtigt. Ansonsten wird auf die Ausnahmeregelung im Plansatz 1.7.3.2 verwiesen.

- Eine Vielzahl von Äußerungen beschäftigt sich mit unterschiedlichen Aspekten der „Einzelhandelsagglomeration“ gemäß Plansatz 1.7.4.1. Das Spektrum reicht von Zweifeln an der Zulässigkeit diesbezüglicher regionalplanerischer Steuerung bis zur Forderung nach weitergehenden Regelungen zur Verhinderung solcher Entwicklungen.

Behandlungsvorschlag:

An der rechtlichen Zulässigkeit einer raumordnerischen Agglomerationsregelung bestehen keine Zweifel. Zur Klarstellung werden jedoch in der Planbegründung Präzisierungen vorgenommen. Der Plansatz wird im Kern beibehalten.

- Es wird wiederholt kritisiert, dass der Plansatz 1.7.4.2 bestehende großflächige Einzelhandelsbetriebe außerhalb der regionalplanerischen Standortbereiche auf einen passiven Bestandsschutz beschränkt. Auch werden Zweifel hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Plansatzes als verbindliches Ziel vorgebracht.

Behandlungsvorschlag:

Aufgrund der rechtlichen Problematik (mögl. Kollision mit Bestandschutz-Regelungen im Baurecht) wird der Plansatz zu einem Grundsatz herabgestuft. Im Absatz 2 des Plansatzes wird außerdem bei bestandsorientierten Modernisierungen der Zusatz „ohne Verkaufsflächenerweiterung“ gestrichen.

Plankapitel 2.1 „Regionale Grünzüge /Grünzäsuren“

- Die Ausweisung von Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren wird in vielen Anregungen als Hindernis für die kommunale Entwicklung angesehen. Andererseits werden weitere Forderungen zur Ergänzung von Grünzügen und Grünzäsuren gestellt.

Behandlungsvorschlag:

Jede Anregung wurde im Einzelfall mit Blick auf die Abgrenzung dieses multifunktionalen Freiraumsicherungsinstrumentes geprüft. Hierbei wurden die Flächen der vorbereitenden bzw. verbindlichen kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt. Der Forderung nach pauschaler Freistellung von sog. Pufferzonen um die Siedlungskörper herum wurde nicht entsprochen. Im Einzelnen wurde bei den Behandlungsvorschlägen auf die Bedeutung der Grünzüge und Grünzäsuren und auf die Begründungselemente in der „Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt“ verwiesen.

Im PS 2.1.3 wurden die zulässigen Nutzungen in den regionalen Grünzügen direkt im Plansatz verankert und nicht nur in der Begründung angesprochen. Das betrifft die Zulässigkeit von technischen Infrastrukturen und Verkehrsinfrastrukturen sowie privilegierte Vorhaben i.S. von § 35 (1) BauGB. Damit sind auch Windenergieanlagen und entsprechende kommunale Planungen zu Konzentrationsflächen in Regionalen Grünzügen zulässig. Weitere zulässige Vorhaben sind der Rohstoffabbau.

In den Grünzäsuren sind dagegen raumbedeutsame Vorhaben im Sinne von § 29 BauGB unzulässig. In der Begründung zum PS 2.1.3 wird erläuternd aufgeführt, dass die bestandssichernde Erweiterung von landwirtschaftlich privilegierten Vorhaben und standortgebundener Infrastruktur ausnahmsweise möglich sind.

In den Behandlungsvorschlägen wird auch die gewählte, von den Gremien bestätigte Planungssystematik erläutert, nach der keine monofunktionalen Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete zur Freiraumsicherung überlagert werden sollen. Ausschließlich das multifunktionale Instrument „Grünzug“ bzw. „Grünzäsur“ ist explizit überlagerungsfähig mit den anderen freiraumbezogenen Sicherungsinstrumenten. Diese Systematik soll beibehalten werden.

Plankapitel 2.2.1 „Naturschutz und Landschaftspflege“

- Die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Naturschutz und Landschaftspflege wird in vielen Anregungen als Hindernis für die kommunale Entwicklung angesehen. Andererseits werden viele Anregungen vorgebracht, die Gebietskulisse der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete zu ergänzen.

Behandlungsvorschlag:

Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Naturschutz und Landschaftspflege kollidieren nicht mit der kommunalen Bauleitplanung. Die Ergänzungsvorschläge für weitere Flächen des regionalen Biotopverbunds wurden geprüft. Allerdings wird in der Regel darauf verwiesen, dass die kommunale Landschaftsplanung auf der Ebene der Flächennutzungsplanung diese kleinteiligen Flächen als Ergänzung zur regionalen Ausweisung sichern sollte. Damit wird eine klare Trennung zwischen den regionalbedeutsamen Verbundstrukturen einerseits und den kommunalen Ergänzungsmöglichkeiten andererseits beibehalten. Nur in Einzelfällen werden entsprechende Anregungen in die regionale Flächenkulisse aufgenommen.

Durch Ergänzung der Begründung wird der Forderung entsprochen, die Bezüge zu den landesweiten Biotopverbundstrukturen deutlich zu machen. Dies betrifft für Rheinland-Pfalz die nachrichtliche Darstellung des landesweiten Biotopverbundes aus dem LEP IV, für Baden-Württemberg wird Bezug genommen auf den Fachplan zum landesweiten Biotopverbund.

Plankapitel 2.2.2 Bodenschutz

- Zum Plankapitel Bodenschutz bestehen z.T. gegensätzliche Auffassungen. Einerseits wird mit Hinweis auf fehlende Steuerungswirkungen die vollständige Streichung der Plansätze angeregt, zum anderen wird die Aufstufung einzelner Plansätze von Grundsätzen zu Zielen der Raumordnung vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang wird auch die Festlegung von „Vorranggebieten für Böden“ in der Raumnutzungskarte angeregt.

Behandlungsvorschlag:

Die Vorgehensweise im Anhörungsentwurf mit Verwendung von allgemeingültigen Grundsätzen zur Sicherung der Bodenfunktionen sowie zur Reduzierung des Bodenverbrauchs wird beibehalten.

Plankapitel 2.2.3 Grundwasserschutz

- Es wird teilweise hinterfragt, warum festgesetzte Wasserschutzgebiete in der Raumnutzungskarte nicht als Vorranggebiete für den Grundwasserschutz gem. Plansatz 2.2.3.2 festgelegt werden.

Behandlungsvorschlag:

Für festgesetzte Wasserschutzgebiete besteht bereits ein umfassender fachgesetzlicher Schutz, so dass deren zusätzliche regionalplanerische Sicherung mit Vorranggebieten für den Grundwasserschutz nicht erforderlich ist. Nutzungsbeschränkungen bzw. besondere Auflagen ergeben sich für diese Gebiete aus den jeweils gültigen Schutzverordnungen. Die festgesetzten Wasserschutzgebiete sind in der Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt nachrichtlich dargestellt. Zusätzlich sind diese Gebiete in der Raumnutzungskarte i.d.R. als regionale Grünzüge und - sofern nicht andere vorrangige Festlegungen Berücksichtigung fanden - als Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz festgelegt.

Plankapitel 2.2.4 Schutz der Oberflächengewässer

- Die Grundzüge des Plankapitels werden i.d.R. mitgetragen. Z.T. wird angeregt, einzelne Plansätze als Ziele der Raumordnung festzulegen.

Behandlungsvorschlag:

Die Plansätze bleiben als Grundsätze mit allgemeingütigen Zielvorstellungen bestehen und werden in einzelnen Punkten unter Einbeziehung der Anregungen textlich angepasst und ergänzt.

Plankapitel 2.2.5 Vorbeugender Hochwasserschutz

- Zu den Ausweisungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz wird in den Stellungnahmen i.d.R. kein grundlegender Änderungsbedarf gesehen. Von Seiten der Gemeinden Böhl-Iggelheim und Haßloch wird jedoch gefordert, die in der Raumnutzungskarte sowie in der Erläuterungskarte enthaltenen Festlegungen und nachrichtlichen Darstellungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz zurückzunehmen, soweit sie sich auf die derzeit in Überarbeitung befindlichen Hochwassergefahrenkarten im Rehbach-Speyerbach Gebiet beziehen.

Behandlungsvorschlag:

Die in der Erläuterungskarte Natur, Landschaft und Umwelt nachrichtlich dargestellten überschwemmungsgefährdeten Bereiche sowie die daraus abgeleiteten, in der Raumnutzungskarte festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz basieren im Rehbach-Speyerbach Gebiet auf wasserwirtschaftlichen Datengrundlagen der SGD Süd, (09/2010). Nach Angaben der SGD Süd liegen derzeit keine neuen Datengrundlagen vor, auf denen eine Neuabgrenzung der Festlegungen im Einheitlichen Regionalplan vorgenommen werden könnte. Vor diesem Hintergrund bleiben die im Anhörungsentwurf enthaltenen Festlegungen in der Raumnutzungskarte bestehen. Da sich diese ausschließlich auf den Außenbereich beschränken, ergeben sich keine Auswirkungen auf bestehende Siedlungsbereiche. Die nachrichtlichen Darstellungen in der Erläuterungskarte entfaltet ohnehin keine Verbindlichkeit.

- Hinsichtlich der hochwasserschutzbezogenen Ausweisung der Bereiche hinter den Deichen werden von baden-württembergischer und hessischer Seite jeweils andere Vorgehensweisen vorgeschlagen. Im baden-württembergischen Teilraum wird angeregt, auch die Gebiete hinter dem Deich bis zu einem HQ_{200} als Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz auszuweisen, im Kreis Bergstraße wird vorgeschlagen die Vorgehensweise des Regionalplans Südhessen aufzugreifen und den Vorrang bis zur 3m-Überflutungslinie auszuweiten.

Behandlungsvorschlag:

Im Interesse einer einheitlichen Vorgehensweise wird die derzeitige Systematik mit Vorranggebieten bis zur Deichlinie und Vorbehaltsgebieten hinter den Deichen beibehalten. Eine grenzübergreifend einheitliche Vorranggebietsfestlegung am Oberrhein für hochwassergefährdete Gebiete mit einem Wiederkehrintervall von 200 Jahren ist ebenso wie die Verwendung einer 3m Linie insbesondere auf Grund fehlender Datengrundlagen nicht möglich. Die überschwemmungsgefährdeten Bereiche hinter den Schutzanlagen werden, sofern sie nicht als Vorbehaltsgebiete festgelegt sind, mit Ausnahme einzelner siedlungsnaher Freiräume durch andere freiraumschützende Festlegungen, wie z.B. Vorranggebiete für den Naturschutz und Landschaftspflege, vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen, insbesondere vor weiteren Siedlungstätigkeiten, geschützt.

Plankapitel 2.2.6 Klimaschutz, Luftreinhaltung

- Die Bedeutung der Sicherung klimaökologischer Ausgleichsflächen über das Instrument des Regionalen Grünzugs / Grünzäsur wurde in den Stellungnahmen zustimmend unterstrichen. Verschiedene Anregungen fordern eine vertiefte regionalplanerische Auseinandersetzung mit dem Thema Luftreinhaltung.

Behandlungsvorschlag:

Bezüglich der Anregungen zum Thema Luftreinhaltung wurde auf verschiedene Plankapitel gegeben, die - neben den klassischen Kapiteln zu Freiraum und Umwelt - indirekt mit Luftschadstoffvermeidung und/oder Klimaschutz in Verbindung stehen (z. B. Siedlungsstruktur, Verkehr, Energie). Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass das Thema der Regionalplanung nur mittelbar und eingeschränkt zugänglich ist. Auf die Aktivitäten der Metropolregion Rhein-Neckar im Bereich der Regionalentwicklung (z.B. regionales Energiekonzept) wird hingewiesen.

Plankapitel 2.2.7 Tourismus / Erholung und Plankapitel 2.2.8 Kulturlandschaft / kulturelle Sachgüter

- Die Anregungen zu diesen beiden Plankapiteln sind grundsätzlich zustimmend. Zum Teil wurden Anregungen zur Ergänzung der Bereiche mit besonderer Bedeutung für Fremdenverkehr und Naherholung bzw. mit besonderer Bedeutung für Naherholung in der Erläuterungskarte gemacht.

Behandlungsvorschlag:

Die Anregungen zur Ergänzung der Bereiche für Fremdenverkehr bzw. Naherholung wurden aufgenommen. Weitere redaktionelle Ergänzungen wurden vorgenommen.

Plankapitel 2.3.1 Landwirtschaft

- Von Seiten der Landwirtschaftsvertreter wurde angeregt, dass die wirtschaftliche Rolle der Landwirtschaft deutlicher herausgestellt werden sollte. Weitere landwirtschaftliche Vorranggebiete, vor allem in der Rheinniederung, wurden gefordert.

Behandlungsvorschlag:

Im Leitbild des Einheitlichen Regionalplans wird die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft in der Region aufgenommen.

Weitere größere Flächenausweisungen mit der Funktion Vorranggebiet werden nicht vorgenommen. Vielmehr sind redaktionelle Anpassungen bei Bedarf erfolgt. Die Auenbereiche in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten entlang der Flüsse sind regionalplanerisch prioritär dem Hochwasserschutz gewidmet und deshalb auch nicht als Vorranggebiete für die Landwirtschaft dargestellt. Es wird aber darauf verwiesen, dass in diesen Gebieten, wie auch in den Vorranggebieten für den Arten- und Biotopschutz, die ordnungsgemäße Landwirtschaft nicht eingeschränkt ist.

Die Behandlungsvorschläge greifen die Forderung zur Klarstellung auf, dass in den Vorranggebieten landwirtschaftliche Aussiedlungen zulässig sind, wenn andere öffentliche Belange nicht entgegenstehen (analog zu § 35 BauGB). Das gilt zum einen bezogen auf den Bestandsschutz, zum anderen auf die bestandssichernde Erweiterung, ebenso mit Blick auf die Zulässigkeit von Windenergiestandorten.

Plankapitel 2.3.2 Wald und Forstwirtschaft

- Die Anregungen der Forstverwaltungen formulieren kritisch, dass die Rolle und Bedeutung der Forstwirtschaft nicht ausreichend gewürdigt sei. Vor allem wird bemängelt, dass Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege auch große Anteile von Waldflächen einbeziehen.

Behandlungsvorschlag:

Es wird darauf verwiesen, dass die ordnungsgemäße Forstwirtschaft nach den Landeswaldgesetzen nicht von den regionalplanerischen Ausweisungen eingeschränkt wird. Bei den Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege im Wald handelt es sich weitgehend um Natura 2000 Gebiete und weitere schützenswerte Biotope. In den Behandlungsvorschlägen werden des Weiteren redaktionelle Ergänzungen und Klarstellungen aufgegriffen.

Plankapitel 2.4 „Rohstoffsicherung“

- Die Anregungen beziehen sich zum überwiegenden Teil auf die räumliche Zuordnung der Rohstoffsicherungsgebiete (Kap. 2.4.2). Im Blickpunkt stehen neben den in der Raumnutzungskarte des Anhörungsentwurfs festgelegten Rohstoffsicherungsgebieten auch die hierfür verwendeten Instrumente. Diesbzgl. wird von Seiten der Industrieverbände sowie der IHKs angeregt, dass neben den Vorranggebieten für den Rohstoffabbau (Z) und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffsicherung (G) auch Vorranggebiete für die Rohstoffsicherung (Z) ausgewiesen werden sollen.

Behandlungsvorschlag:

Der Forderung wird im Interesse einer einheitlichen, zweistufigen Rohstoffsicherung im Einheitlichen Regionalplan nicht entsprochen. Die Festlegung von bedarfsorientierten Vorranggebieten für die Rohstoffsicherung (Z) hätte auf Grund der unterschiedlichen Ausrichtung der Rohstoffsicherung in den Ländern und der damit einhergehenden unterschiedlichen Fachdatenlage lediglich im baden-württembergischen Teilraum der Region erfolgen können. In diesem Zusammenhang wird in der Begründung zu Plansatz 2.4.2.1 entsprechend einer Forderung des MVI Ba-Wü verdeutlicht, dass die Gebietskulisse der Vorranggebiete für den Rohstoffabbau im baden-württembergischen Teilraum den Zeitraum von 2x15 Jahren abdeckt und damit hinsichtlich des Bedarfs- und Flächenrahmens sowohl Abbau- als auch Sicherungsgebiete im Sinne des LplG Baden-Württemberg umfasst.

- Hinsichtlich der Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffsicherung (G) wird von Seiten der Wirtschaft gefordert, dass auf die Einschränkung im Plansatz 2.4.2.2 verzichtet werden soll, wonach eine Inanspruchnahme dieser Gebiete innerhalb des Geltungszeitraums des Einheitlichen Regionalplans nicht vorgesehen ist.

Behandlungsvorschlag:

Dieser Forderung wird nicht entsprochen, da die Vorbehaltsgebiete dem perspektivischen, langfristigen Lagerstättenchutz dienen sollen. Allerdings wird in der Begründung des Plansatzes klargestellt, dass der vorzeitige Rohstoffabbau in begründeten Fällen ausnahmsweise zulässig sein kann, z.B. wenn an einem Abbaustandort innerhalb des Vorranggebiets durch Erschöpfung der Rohstoffvorkommen keine wirtschaftlich sinnvollen Gewinnungsmöglichkeiten mehr bestehen.

- Im Hinblick auf die Gebietskulisse der Rohstoffsicherungsgebiete liegen sowohl ablehnende Äußerungen zu den festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten als auch Forderungen nach Erweiterungen bzw. Aufnahmen neuer Gebiete vor. Teilweise wird der Umfang der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete sowie eine fehlende langfristige Ausrichtung der Rohstoffsicherung bemängelt. Von Seiten diverser Rohstoffunternehmen wird die Ausweisung verschiedener Interessengebiete als Vorranggebiete für den Rohstoffabbau gefordert.

Behandlungsvorschlag:

In der Raumnutzungskarte werden momentan bereits ausreichende Rohstoffsicherungsflächen festgelegt, um die Rohstoffversorgung bis über den Geltungszeitraum des Einheitlichen Regionalplans zu gewährleisten. Einer zusätzlichen Ausweisung stehen i.d.R. zahlreiche Interessen- und Nutzungskonflikte entgegen. Insofern erfolgt keine Neuaufnahme von Vorranggebieten für den Rohstoffabbau mit Ausnahme einer bisher noch nicht berücksichtigten, aber bereits vorhandenen Abbaustelle bei Dirmstein. In drei Fällen wird den Forderungen der Betriebe teilweise entsprochen und Interessengebiete zur perspektivischen Aufrechterhaltung der Abbaustandorte als Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffsicherung gem. Plansatz 2.4.2.2 festgelegt. Dies sind die Gebiete Speyer, Thomashof; Wörth, Bienwald sowie Bobenheim-Roxheim, Bannen.

- Insbesondere auf Grund entgegenstehender naturschutzfachlicher, artenschutzrechtlicher sowie land- und forstwirtschaftlicher Belange wird von Fachbehörden, Kommunen und Umweltverbänden die Rücknahme bzw. Reduzierung diverser Rohstoffsicherungsgebiete gefordert.

Behandlungsvorschlag:

Als Ergebnis des Abwägungsprozesses werden zwei Vorranggebiete für den Rohstoffabbau aus der Planung genommen, da die Rohstoffvorkommen bereits erschöpft sind (Lingenfeld, Kattenbuckel (GER-VRG13); Brühl, Kollerinsel (RNK-VRG01). In drei Fällen werden Vorranggebiete für den Rohstoffabbau auf Grund naturschutzfachlicher Zielkonflikte vollständig (Mechtersheim, Mühlgraben (RP-VRG07); Waldsee, Otterstädter Altrhein (RP-VRG15) oder teilweise (Hagenbach, Daxlander Au (GER-VRG06) zu Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffsicherung abgestuft. Weiterhin werden die Abgrenzungen von sieben Vorranggebieten für den Rohstoffabbau sowie von vier Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffsicherung in kleinerem, i.d.R. redaktionellem Umfang angepasst (z.B. durch Aussparung von randlich liegenden geschützten Biotopen). Eine weitergehende Berücksichtigung der fachlichen Belange soll im Rahmen der nachgeordneten Genehmigungsplanung erfolgen, bei der die konkreten Abbaubedingungen und Abbaugrenzen festgelegt werden. Sofern erforderlich, ist auf der Vorhabensebene auch die Verträglichkeit mit den Natura 2000-Gebieten abschließend zu prüfen.

- Diverse Stellungnahmen - sowohl ablehnende als auch befürwortende - beziehen sich auf ein potenzielles, im Anhörungsentwurf des Einheitlichen Regionalplans nicht enthaltenes Interessengebiet in der Gemarkung Neuburg am Rhein.

Behandlungsvorschlag:

Auf Grund verschiedener Interessen- und Nutzungskonflikte sowie des Umstands, dass es sich bei diesem Gebiet um eine Neuaufnahme außerhalb der bestehenden Abbaustandorte handeln würde, wird von einer Festlegung dieser Fläche als Rohstoffsicherungsgebiet abgesehen.

- Es wird gefordert, Bergbauberechtigungen in der Raumnutzungskarte nachrichtlich darzustellen.

Behandlungsvorschlag:

Der Forderung wird nicht nachgekommen, da sich die Rohstoffsicherung im Einheitlichen Regionalplan auf oberflächennahe Rohstoffe bezieht und die Raumnutzungskarte nicht mit nachrichtlichen Darstellungen der einzelnen Fachplanungen überfrachtet werden soll.

Plankapitel 3.1 „Verkehrswesen“

Plankapitel 3.1.1 Regionale Gesamtverkehrskonzeption

- Insgesamt ist aus den Äußerungen zum Plankapitel 3.1.1 „Regionale Gesamtverkehrskonzeption“ der Wunsch nach einem die Verkehrsträger übergreifenden, verbindlichen Regionalplan erkennbar. Dies kann der Regionalplan auf Grund seiner eingeschränkten Kompetenzen im Verkehrsbereich und auf Grund der Reduzierung der Planinhalte auf regionalbedeutsame Maßnahmen jedoch nicht leisten.
- Völlig konträr sind die Positionen zu dem regionalplanerischen Ausbuvorrang des Schienen- gegenüber dem Straßenverkehr gem. Plansatz 3.1.1.4. Während z.B. die Umweltverbände dieses verkehrliche Leitziel ausdrücklich unterstützen, wird der diesbezügliche Vorrang z.B. von Seiten der Wirtschaftsverbände, aber auch einiger Kommunen als sehr kritisch bewertet.

Behandlungsvorschlag:

Konkrete Straßen- und Schienenverkehrsprojekte sind einer Einzelfallprüfung zu unterziehen. An dem raumordnerischen Leitprinzip der grundsätzlichen Vorrangfunktion für den Erhalt und Ausbau des Schienenverkehrs wird jedoch festgehalten.

Plankapitel 3.1.2 Funktionales Straßennetz

- Abweichend von der Beschlusslage in den Verbandsgremien wurde in einigen Stellungnahmen (u.a. der IHK) erneut auf die Notwendigkeit einer weiteren Rheinbrücke südlich von Ludwigshafen hingewiesen und eine entsprechende Berücksichtigung im Einheitlichen Regionalplan gefordert.

Behandlungsvorschlag:

Der Behandlungsvorschlag der Verwaltung zu den eingegangenen Anregungen hinsichtlich einer weiteren Rheinquerung südlich von Ludwigshafen orientiert sich an der Beschlusslage der Verbandsgremien, wonach die Maßnahme als langfristige Option in der Begründung dargestellt werden soll.

Gleichzeitig sollen die A650 und die bestehenden Rheinbrücken Mannheim/Ludwigshafen abweichend vom LEP IV Rhl.-Pf. aufgrund ihrer tatsächlichen Funktion als Verkehrsinfrastruktur von überregionaler Bedeutung dargestellt werden.

- In mehreren Stellungnahmen werden sehr gegensätzliche Positionen zu großräumigen Straßenverkehrsprojekten in der Metropolregion, wie z.B. der A 65/B 9 „Bienwald-Lückenschluss“ oder der B 10 Ausbau zwischen Landau und Pirmasens bezogen.

Behandlungsvorschlag:

Diese Maßnahmen sind in den Bedarfsplänen des Bundes und der Länder noch enthalten und müssen deshalb vorbehaltlich der Ergebnisse der noch ausstehenden Bewertung im Rahmen der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans nachrichtlich in den Einheitlichen Regionalplan übernommen werden. Weil das Linienbestimmungsverfahren zur „Hagenbach-Variante“ für den Bienwald-Lückenschluss eingestellt wurde, wird dieses großräumige Straßenverkehrsprojekt in der Raumnutzungskarte als „Trasse mit unbestimmtem Verlauf“ dargestellt. Sollten sich durch die laufende Fortschreibung des BVWPI hinsichtlich der Straßenverkehrsprojekte bis zu den Herbstsitzungen der Verbandsgremien Änderungen ergeben, wird auch eine entsprechende Modifizierung im Einheitlichen Regionalplan angestrebt.

- Bei den „überregionalen und regionalen Straßenverbindungen“ werden eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen wie z.B. verbesserter Lärmschutz, konkrete Trassenfestlegung, Ausgleichsmaßnahmen gefordert.

Behandlungsvorschlag:

Diese Maßnahmen sind nicht Gegenstand des Regionalplans, sondern der Planfeststellungsverfahren. Ansonsten sind auch diese überregionalen und regionalen Straßenverkehrsprojekte aus dem Bedarfsplan des Bundes bzw. der Länder nachrichtlich in den Regionalplan zu übernehmen. Aus der laufenden Fortschreibung des BVWPI resultierende Änderungen in der Bewertung dieser Projekte sollen noch bis zu den Herbstsitzungen der Verbandsgremien im Einheitlichen Regionalplan berücksichtigt werden.

- In einer Vielzahl von Äußerungen zum Plankapitel 3.1.2.1 „Funktionales Straßennetz“ wird die Aufnahme von Straßenverkehrsprojekten, vornehmlich Ortsumgehungen als regionale Straßenverbindung der Kategorie III des Funktionalen Straßennetzes gefordert.

Behandlungsvorschlag:

Da im Funktionalen Straßennetz nur regionale Straßenverbindungen enthalten sind, die eine Verbindungsfunktion zwischen zentralen Orten wahrnehmen, können viele diesbezügliche Anregungen nicht in den Plansätzen berücksichtigt werden. Straßenverkehrsprojekte, die nicht in den Bedarfsplänen des Bundes bzw. der Länder enthalten sind, werden vorbehaltlich den noch anstehenden Bedarfsprüfungen in die „Wunschliste“ der Begründung zu den Plansätzen 3.1.2.2 – 3.1.2.4 aufgenommen. Diese Liste wird auf der Grundlage der aktuell vorliegenden Bedarfspläne der Länder für den Bundesverkehrswegeplan 2015 bis zur Planungsausschusssitzung am 13. September ggf. nochmals modifiziert.

Plankapitel 3.1.3 Funktionales Schienennetz

- Die Anregungen zum Plankapitel „Funktionales Schienennetz“ bezogen sich häufig auf Angebotsverbesserungen (zusätzliche Züge und Halte) sowie betriebliche Maßnahmen z.B. Beschleunigungsmaßnahmen, Kreuzungsmöglichkeiten).

Behandlungsvorschlag:

Insbesondere die geforderten Angebotsverbesserungen obliegen den Aufgabenträgern des SPNV/ÖPNV und sind somit nicht Gegenstand der Regionalplanung, sondern in den Nahverkehrsplänen darzustellen.

- Eine Fülle von Anregungen bezieht sich auf die ICE-Neubaustrecke Rhein/Main – Rhein/Neckar sowie auf den in der Raumnutzungskarte dargestellten Untersuchungskorridor.

Beschlussvorschlag:

Wesentliche Orientierung für die diesbezüglichen Behandlungsvorschläge bildet die Beschlusslage des ICE-Regional-Forums und des Planungsausschusses. Da die Ergebnisse der derzeit laufenden Korridorstudie des Bundesverkehrsministeriums voraussichtlich erst im Herbst 2013 vorliegen werden, wird an der Darstellung eines räumlich unbestimmten „Freihaltekorridors“ im Regionalplan festgehalten. Eine konkrete Planung zur verbindlichen Festlegung eines „Freihaltekorridors“ liegt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Die von der Deutschen Bahn geforderte „Freihaltetrasse“ für einen sog. Güterverkehrs-Bypass vom Viernheimer Dreieck zum Rangierbahnhof Mannheim wird nicht in den Regionalplan aufgenommen.

Plankapitel 3.1.4 Luftverkehr

- Zahlreiche Stellungnahmen beschäftigen sich mit dem Plankapitel 3.1.4 „Luftverkehr“ sowie der konkreten Diskussion hinsichtlich eines Regionalflughafens in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Behandlungsvorschlag:

Die diesbezüglichen Behandlungsvorschläge der Verwaltung orientieren sich an der Beschlusslage der Gremien des Verbandes. Schwerpunkt soll demnach die Prüfung und Sicherung des Bedarfes für das Segment des Business-Aviation und die Darstellung der Entwicklungsmöglichkeiten dieses Segments an den vorhandenen Flugplätzen sein (vgl.: Auftragsdefinition zum Gutachten „Luftverkehr in der Metropolregion Rhein-Neckar“). Entsprechend werden in den Plansätzen 3.1.4.2 und 3.1.4.3 die Belange des Geschäftsreiseverkehrs deutlicher fokussiert.

Plankapitel 3.1.5 Güterverkehr

- Zu dem Plansatz 3.1.5.2 „Logistische Infrastruktur“ wird in verschiedenen Stellungnahmen thematisiert, dass Hafenableiche verstärkt logistikfremde Nutzungen, u.a. als attraktive Wohnquartiere am Wasser erfahren. Dadurch würden die Entwicklungsperspektiven der Hafenableiche als logistische Drehscheiben zusehend eingeschränkt. Deshalb sollten im Regionalplan entsprechende Hafenableiche für logistische Nutzungen langfristig gesichert werden.

Behandlungsvorschlag:

In den Behandlungsvorschlägen wird die Forderung grundsätzlich unterstützt, jedoch auf die Notwendigkeit einer Einzelfallbetrachtung sowie die eingeschränkten rechtlichen Möglichkeiten bei Nutzungsfestlegungen auf bereits anderweitig bauleitplanerisch gesicherten Flächen hingewiesen. Dennoch sollen die Belange der Logistikwirtschaft künftig stärker berücksichtigt werden. Die Begründung zu Plansatz 3.1.5.2 wird entsprechend ergänzt und präzisiert.

Plankapitel 3.2 „Energie“ (ohne Standorte f. regionalbedeutsame Windkraftanlagen)

- Zu den Themen im Energiekapitel bestehen vor allem unterschiedliche Forderungen bezüglich der Regelungstiefe der Plansätze. Während viele Einwender anmerken, dass verschiedene Grundsätze zu Zielen der Regionalplanung umformuliert werden sollten (z.B. zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienz), wendet das Großkraftwerk Mannheim im Gegensatz dazu ein, dass viele Planaussagen im Energiekapitel den Auftrag der Regionalplanung überschreiten und somit gestrichen werden müssten.

Behandlungsvorschlag:

Die Planaussagen bleiben sowohl vom Umfang als auch von der Regelungstiefe im Einheitlichen Regionalplan im Kern erhalten.

Die Regionalplanung beschränkt sich nicht nur auf die Ordnung des Raums und die Anforderungen an den Raum mit direktem, unmittelbarem Flächenbezug. Sie hat darüber hinaus auch einen regionalpolitischen Auftrag. Aus diesem Verständnis heraus ist der Aufgabenbereich der Regionalplanung weiter gesteckt und nicht nur auf direkt flächenbezogene Aussagen beschränkt. Insofern sind im Einheitlichen Regionalplan auch energiepolitische Aussagen getroffen, die im Wesentlichen auf den Ergebnissen des Regionalen Energiekonzepts fußen, aber mittelbar räumliche Auswirkungen haben.

Ziele der Regionalplanung können nur formuliert werden, wenn eine sachlich und räumlich konkretisierte Vorgabe gemacht wird (Regionalplanerische Letztentscheidung). Dies ist den allgemeinen Vorgaben des Einheitlichen Regionalplans zur Energieeinsparung, zur effizienten Energienutzung und zur Energieerzeugung nicht der Fall. Die Ausgestaltung als Grundsatz wird deshalb beibehalten.

- In einigen Stellungnahmen wurde thematisiert, ob und inwieweit grundsätzlich Aussagen zur Vereinbarkeit bzw. Nicht-Vereinbarkeit von Biogasanlagen, Geothermieanlagen und PV-Freiflächenanlagen z.B. in Regionalen Grünzügen, Vorranggebieten Landwirtschaft oder Vorranggebieten Forstwirtschaft im Einheitlichen Regionalplan getroffen werden sollten.

Behandlungsvorschlag:

Die Errichtung von Biogasanlagen, Geothermieanlagen und PV-Freiflächenanlagen in Regionalen Grünzügen, Vorranggebieten Landwirtschaft oder Vorranggebieten Forstwirtschaft soll der Einzelfallbetrachtung unterliegen und nicht pauschal zulässig sein.

Hinweis

- Die weitaus meisten Einwendungen, auch aus der Bürgerbeteiligung, sind zu den Plansätzen zur Windenergie-Steuerung eingegangen. Dabei sind die inhaltlichen Schwerpunkte in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Während im rheinland-pfälzischen Teilraum die Mehrzahl der Stellungnahmen die Freihaltung des Haardtrands bzw. des Pfälzerwalds insgesamt fordert, richten sich die meisten Stellungnahmen im baden-württembergischen und im hessischen Teilraum gegen einzelne Vorranggebiete für die Windenergienutzung. Gründe für die Einwendungen sind im Wesentlichen die Themen Immissionsschutz (Lärm, Infraschall), Artenschutz (Vögel, Fledermäuse) und Landschaftsbild.

Das Kapitel Windenergie wird aus dem Aufstellungs- und Genehmigungsverfahren des Einheitlichen Regionalplans ausgekoppelt (Beschlussempfehlung Planungsausschuss).

Bei der Neuaufstellung des Plankapitels Windenergie sind die Ausschlussgebietskulisse nach dem Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz (Entwurf LEP IV) und die Vorgaben des Windenergieerlasses Baden-Württemberg bzw. des Entwurfs des Gemeinsamen Rundschreibens Windenergie Rheinland-Pfalz einzuarbeiten sowie eine vertiefte artenschutzrechtliche Untersuchung durchzuführen. Die eingegangenen Bedenken und Anregungen werden in die Neukonzeption des Plankapitels einbezogen. Zudem erfolgt im weiteren Verfahren ein Abgleich von Regionalplanung und Kommunalplanung zur Steuerung der Windenergienutzung. Bedenken und Anregungen können dann in einer erneuten Offenlage vorgetragen werden.

Plankapitel 3.3 Wasserwirtschaft

- Die eingegangenen Anregungen zu den Plankapiteln 3.3.1 Wasserversorgung und 3.3.2 Abwasserbehandlung sind i.d.R. redaktioneller Art und werden soweit erforderlich in die Plansätze bzw. Begründung eingearbeitet. Den in diversen Stellungnahmen enthaltenen Empfehlungen, die nachrichtlichen Darstellungen der Kläranlagen in der Raumnutzungskarte zu aktualisieren, wird nachgekommen.

Plankapitel 3.4 Abfallwirtschaft

- Die eingegangenen Äußerungen sind grundsätzlich zustimmend. Der Empfehlung, die nachrichtlichen Darstellungen der Abfallentsorgungsanlagen und Deponien auf bedeutende Anlagen zu beschränken, wird gefolgt.

Plankapitel 3.5 Kommunikations- und Informationstechnologien, Postwesen

- Die eingegangenen Äußerungen sind grundsätzlich zustimmend. Der Empfehlung, den Unterstützungsbedarf des ländlichen Raums deutlicher hervorzuheben, wird bereits im Rahmen des Leitbilds und der Plansätze entsprochen.

Schwerpunkte der Äußerungen und Behandlungsvorschläge zum Umweltbericht

- Neben redaktionellen Hinweisen werden weitere Anregungen gemacht, die Erfordernisse des besonderen Artenschutzes zu berücksichtigen (z. B. Hamstervorkommen).

Behandlungsvorschlag:

Die redaktionellen Anregungen werden eingearbeitet.

Die Hinweise zu den artenschutzrechtlichen Aspekten bzgl. einzelner Ausweisungen finden Eingang in den Umweltbericht, der gesonderter Bestandteil der Begründung nach § 6 a LPIG Rheinland-Pfalz ist. Zum einen führen die Hinweise zur Anpassung der Rohstoffsicherungsgebiete (z. B. Ladenburg Kiesgrube RNK VRG 06 mit Aussparung der konkreten Flächen mit Hamstervorkommen), zum anderen findet auch eine Abstufung von Vorranggebieten für den Rohstoffabbau zu Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffsicherung statt (z. B. Mechttersheim Mühlgraben RP-VRG 07).

Im Übrigen wird auf die sinnvollen und notwendigen Abschichtungsmöglichkeiten auf nachfolgende Planungsstufen bzw. auf die Genehmigungsplanung verwiesen.